

Johanna Schmid

Pius XII. und die Juden

Der endlose Streit um ein historisches Dilemma

Der nach der Vorlage von Rolf Hochhuths Drama „Der Stellvertreter“ (1963) gedrehte Film „Amen“ von Constantin Costa-Gavras, der Ende Mai dieses Jahres in die deutschen Kinos kommt, wird den alten Streit um das angebliche Schweigen Pius' XII. angesichts der Judenverfolgung des NS-Regimes neu beleben. Leider hat sich die internationale jüdisch-katholische Historikerkommission, die dazu ein Votum erarbeiten sollte, letztes Jahr ergebnislos aufgelöst, wobei einige Mitglieder die Weigerung des Vatikans kritisierten, der Kommission alle Akten des Pacelli-Pontifikats vor Ablauf der üblichen Frist zugänglich zu machen. Dies wird – so der Vatikan – erst in etwa fünf Jahren möglich sein, wenn die Katalogisierung der Dokumente abgeschlossen ist. Ebenso wird der bekannte Einwand wiederholt, die bereits erschienene zwölfbändige Aktenedition¹ sei unvollständig, apologetisch und nur erstellt, um die Wahrheit dieses Pontifikats nie ans Licht kommen zu lassen. Auch wenn man die Problematik einer Aktenedition berücksichtigt, werden solche Anschuldigungen nie konkretisiert und gehören damit eher in den Bereich des Mythos von einer pathologisch geheimniskrämenden Kirche, der im Rahmen des eingeschränkten Quellenzugangs kaum beseitigt werden kann.

Welches Bild ergibt sich nun aufgrund der Edition sowie anderer veröffentlichter Quellen? Eine Beurteilung, die dem Verhalten von Pius XII. in der komplexen Situation, in die er sich gestellt sah, gerecht werden will, wird sich mit drei Problembereichen befassen müssen: mit der noch von Pius XI. geplanten, aber nicht veröffentlichten Enzyklika gegen den Rassismus, mit Pius' XII. Verhalten angesichts der Shoah und mit seinem Verhältnis zum 1948 gegründeten Staat Israel.

Die verschwundene Enzyklika

Mit der Sichtung des Nachlasses des amerikanischen Jesuiten John LaFarge wurde bekannt, daß dieser im Auftrag von Papst Pius XI. eine Enzyklika zum Thema Rassismus verfassen sollte, die jedoch nie veröffentlicht wurde. Als weitere Mitarbeiter wurden LaFarge der Deutsche Gustav Gundlach SJ und der Franzose Gustave Desbuquois SJ zur Seite gestellt, die beide schon an der Sozialenzyklika

„Quadragesimo anno“ (1931) mitgearbeitet hatten. Der von ihnen angefertigte Entwurf mit dem Titel „*Humani Generis Unitas*“² („Die Einheit des Menschengeschlechts“) wurde zunächst dem Generaloberen der Jesuiten, Wladimir Ledóchowski, übergeben. Der Text erreichte Pius XI. jedoch erst, als dieser bereits im Sterben lag. Gundlach äußerte einmal den schwerwiegenden Verdacht, Ledóchowski habe seine Arbeit durch bewußte Verzögerung sabotiert, weil er den Sowjetkommunismus als die größere Bedrohung sah und einen diplomatischen Umgang des Vatikans mit dem NS-Regime befürwortete. Nach dem Tod Achille Rattis 1939 hat man das Enzyklika-Projekt nicht mehr weiterverfolgt. War dafür der neue Papst Eugenio Pacelli verantwortlich, der Zugang zum Schreibtisch seines Vorgängers hatte?

Was stand im Enzyklika-Entwurf? Die Verfasser von *Humani Generis Unitas* gingen mit dem Begriff der Rasse hart ins Gericht. Sie sahen in ihm eine unbegründete Rechtfertigung von Rechtsbeugung und Verletzungen der Menschenwürde. Scharf verurteilte der Text die Rechtsbrüche gegenüber den Juden im Rahmen verschiedener Phasen der Judenverfolgung, die sich letztendlich auf die „Reinheit der Rasse“ berief, nahm dann allerdings wieder eine traditionell antijüdische Sichtweise ein. Er zählte die Vergehen des Volkes Israel – „Christus-Mord“, Habsucht usw. – auf und warnte die Christen vor allzu engen Kontakten mit Angehörigen dieser Religionsgemeinschaft. Die langfristige Zielperspektive blieb nach wie vor die Bekehrung der Juden zum christlichen Glauben:

„Die hohe Würde, die die Kirche der historischen Mission des jüdischen Volkes zuerkennt, ihr brennender Wunsch nach seiner Bekehrung haben sie jedoch nicht für die spirituellen Gefahren blind gemacht, denen der Kontakt mit den Juden die Seelen aussetzen kann. Sie vergißt nicht, daß sie über die sittliche Sicherheit ihrer Kinder zu wachen hat. Und diese Aufgabe ist heute sicher nicht weniger dringlich als in der Vergangenheit. Solange der Unglaube des jüdischen Volkes andauert und seine Feindschaft gegenüber dem Christentum fortbesteht, muß die Kirche in ihren Bemühungen die Gefahren unterbinden, die dieser Unglauben und diese Feindschaft für den Glauben und die Moral ihrer Gläubigen darstellen könnten.“³

Ist das geplante Lehrschreiben am Ende doch erschienen? Am 20. Oktober 1939 veröffentlichte Pius XII. seine Antrittsenzyklika „*Summi Pontificatus*“⁴. Darin äußerte er sich kritisch gegenüber totalitären Systemen. Manche Autoren vermuten, daß Pacelli dafür Passagen aus *Humani Generis Unitas* übernommen habe. Ein Vergleich der beiden Schreiben bestätigt diese Annahme jedoch nicht. Pius XII. griff zwar Themen wie die Rolle der Staatsmacht auf, doch tat er dies aus einer europäischen Perspektive, die eher faschistische Strukturen als sozialpolitische Problemstellungen im Auge hatte. Demnach „greift die staatliche Gewalt nach jener unumschränkten Selbstherrlichkeit ... und erhebt den Staat oder die Masse zum letzten Ziel.“⁵ In *Humani Generis Unitas* hatten die Verfasser umfassender kritisiert:

„Die Existenzberechtigung des Staates besteht in Übereinstimmung mit seiner natürlichen Bestimmung darin, das Gemeinwohl dauerhaft zu gewährleisten. Nun bergen aber soziale Einheiten dieser Art, also Staaten, die nach einer unbestimmten totalen Ausdehnung streben, die Gefahr in sich, daß der Staat in ihnen seiner wesentlichen Attribute und seiner souveränen Macht vollständig beraubt wird. Der Staat hat sich nun in ein völlig mechanistisches, administrativ-bürokratisches System verwandelt, in ein einfaches Instrument der betreffenden rassischen oder nationalen Kollektive.“⁶

Einig sind sich beide Schreiben darin, daß der totalitäre Staat einer sittlichen Ordnung entbehrt – eine Kritik, die *Humani Generis Unitas* aber konkret auf die Rassenideologie angewandt hatte, wie folgender Ausschnitt zeigt:

„Untersuchen wir seine Sittenlehre, deren zentrale Aussage wir erst kürzlich verurteilen mußten: ‚Man muß mit allen Mitteln die Lebenskraft der Rasse und die Reinheit des Blutes erhalten und pflegen; alles, was zu diesem Zwecke geschieht, ist ohne weiteres sittlich erlaubt.‘ So lautet das Rassengesetz der Moral. Wir stellen die Frage: Läuft ein derartiges Prinzip nicht darauf hinaus, die Existenz einer objektiven, für alle Menschen und alle Zeiten gültigen sittlichen Ordnung zu leugnen.“⁷

Die Enzyklika *Summi Pontificatus* behandelte den Themenkomplex des Unethischen und der Rechtslosigkeit in einer wesentlich weiteren und damit abstrakteren und vielleicht auch diplomatischeren Sicht, wenn sie erklärte:

„Unser Vaterherz bangt in tiefer Betrübniß, wenn wir ahnend vorausschauen, was alles aus der Drachensaat der Gewalt und des Hasses hervorzunehmen mag, für die heute das Schwert die blutigen Furchen zieht ... Vor allem liegt die eigentliche Wurzel der Übel, die in der modernen Gesellschaft zu beklagen sind, in der Leugnung und Ablehnung eines allgemeingültigen Sittengesetzes für das Leben des einzelnen und das Gesellschaftsleben wie für die Beziehungen der Staaten untereinander ... Die Nichtbeachtung jenes Gesetzes, das sowohl durch den gemeinsamen Ursprung und durch die nämliche Vernunftnatur aller Menschen, gleichviel welchen Volkes, vorgeschrieben und auferlegt ist ... Brauchen Wir euch zu versichern, daß Unser Vaterherz allen seinen Kindern mitleidend in der Liebe nahe ist, vor allem den Bedrängten, Unterdrückten und Verfolgten? ... Das Blut ungezählter Menschen, auch von Nichtkämpfern, erhebt erschütternde Klage.“⁸

Es läßt sich nicht mehr mit Sicherheit feststellen, warum die Rassismus-Enzyklika Pius' XI. nicht veröffentlicht wurde. Zwar wird der Jesuitengeneral der Saboteage beschuldigt, doch sagt dies ja nichts über die Motive Pacellis, der möglicherweise aus Gründen der diplomatischen Opportunität das Vorhaben nicht weiterverfolgen wollte. Allerdings hatte er bereits als Staatssekretär an der Enzyklika seines Vorgängers „Mit brennender Sorge“ (1937) mitgearbeitet, die die Staatsvergottung des Nationalsozialismus und seine Ideologie verurteilte. Der plausibelste Grund für die Unterlassung könnte letztendlich im „amerikanischen“ Ansatz liegen, der Rassismus als Folge einer verfehlten Sozialpolitik betrachtete, wie sie bezüglich der Schwarzen in den USA betrieben wurde, und auch noch einige andere problematische Annahmen enthielt. Hatte Pius XI. am 6. Juni 1938 erklärt: „Der Antisemitismus ist nicht vertretbar. Wir sind im geistlichen Sinne Semiten“ und sich in ähnlichen Äußerungen deutlich gegen den Antisemitismus gewandt, so war die Antrittsenzyklika *Summi Pontificatus* demgegenüber, alles in allem, ein

Rückschritt. Sie sprach zwar ähnliche Themen an, ließ aber die Schärfe der Formulierungen des LaFarge-Papiers vermissen.

Halblaute Stellungnahmen zur Shoah?

Pius XII. wandte sich nicht nur in seiner Antrittsenzyklika, sondern auch in den Weihnachtsansprachen der folgenden Jahre gegen die Diskriminierung, Verfolgung und Ermordung von Juden. So forderte er an Weihnachten 1939 „eine Gerechtigkeit, welche die sittliche Gerechtigkeit voraussetzt, die erfließt aus jener allumfassenden Liebe, die Kernstück und Hauptziel christlicher Vollkommenheit ist und die deshalb auch Brücken zu jenen schlägt, die nicht ... unseren Glauben teilen.“⁹ An Weihnachten 1940 äußerte er seine Genugtuung darüber, daß er einer großen Zahl von Flüchtlingen, Ausgebürgerten und Emigranten, darunter auch Nichtariern, moralisch, spirituell und materiell habe helfen können¹⁰. In den folgenden Jahren wurden die Appelle immer dringlicher. So sprach er in seiner Weihnachtsbotschaft 1942 „für die Hunderttausende, die persönlich schuldlos bisweilen nur um ihrer Nationalität oder Abstammung willen dem Tod geweiht oder einer fortschreitenden Verelendung preisgegeben sind“¹¹. In seiner 1943 veröffentlichten Enzyklika „Mystici Corporis“ zum Selbstverständnis der Kirche rückte er auch deren Aufgabe und Pflicht in den Blick, Beistand und Hilfe zu leisten:

„Wahre Liebe zur Kirche fordert darum nicht nur von uns, daß wir als Glieder desselben Leibes füreinander eintreten, uns freuen sollen, wenn ein anderes Glied Ehre erfährt, und mit ihm leiden sollen in seinem Schmerz, sondern daß wir zugleich die Menschen, die noch nicht im Leibe der Kirche mit uns vereint sind, als Christi Brüder dem Fleisch nach betrachten sollen, die gleich uns zu demselben ewigen Heil berufen sind.“¹²

So grundsätzlich diese Erklärungen formuliert waren – sie standen in deutlichem Kontrast zu den politischen Realitäten. Auf jeden Fall wurde die Stimme des Pontifex von den kritisierten Gegnern gehört, die entsprechend reagierten. Schon bald nach 1939 trafen beim Vatikan Berichte wie der von Erzbischof Adam Sapieha aus Krakau ein, daß sich nach den Sendungen von Radio Vatikan und Meldungen des „Osservatore Romano“ über Hinrichtungen und Festnahmen die Lage noch weiter verschlechtert habe. Daß sich Radio Vatikan nicht nur mit Unrechtstaten an Katholiken befaßte, zeigt beispielsweise seine Erklärung in einer Sendung vom 26. Februar 1943: „Die Kirche erkennt Regime nicht an, die auf Zwangsarbeit, auf der Entwurzelung der Bevölkerungen, auf Einzel- oder Kollektivdeportationen beruhen.“ Doch unter dem Druck der Meldungen aus betroffenen Diözesen sah sich Pius gezwungen, die Rundfunksendungen über antikirchliche Maßnahmen, Ereignisse in Konzentrationslagern und Leiden der Zivilbevölkerung einstellen zu lassen. Daß er sich nur schweren Herzens dazu

entschloß, schrieb er am 30. April 1943 in einem Brief an Bischof Konrad von Preysing von Berlin:

„Den an Ort und Stelle tätigen Oberhirten überlassen Wir es, abzuwägen, ob und bis zu welchem Grade die Gefahr von Vergeltungsmaßnahmen und Druckmitteln im Falle bischöflicher Kundgebungen sowie andere ... Umstände es ratsam erscheinen lassen, ... *ad maiora mala vitanda* (um Schlimmeres zu vermeiden) Zurückhaltung zu üben. ... Hier liegt einer der Gründe, warum Wir selber uns in Unseren Kundgebungen Beschränkungen auferlegen ... Zu dem, was im deutschen Machtraum zur Zeit gegen die Nichtarier vor sich geht, haben Wir in Unserer Weihnachtsbotschaft ein Wort gesagt. Es war kurz, wurde aber gut verstanden.“¹³

Die Stellungnahmen des Papstes zur Judenverfolgung hielten sich an die diplomatische Linie, Opfer und Täter nicht beim Namen zu nennen. Dennoch konnte man ihre Intention sehr wohl erkennen, und die Reichsregierung hatte ihre Probleme mit den Stellungnahmen, denn „deren Lautstärke kann man schwer kontrollieren“¹⁴.

Päpstliche Diplomatie und konkrete Hilfe

Viele Rettungsaktionen, die während der organisierten Vertreibung und Verfolgung Juden Freiheit und Leben gewährleisteten, wurden durch die mühevollen Büroarbeit und das diplomatische Verhandlungsgeschick kirchlicher Organisationen wie beispielsweise des St. Raphaelsvereins zum Schutz katholischer Auswanderer ermöglicht. Ihre karitative und diplomatische Leistung war es, Einreisegenehmigungen in andere Länder, Transit-Visa, Startkapital und Schiffspassagen zu erwirken, die nötig waren, um Juden zu retten. Wer eine Möglichkeit fand zu emigrieren, dem wurde häufig aus kirchlichen Mitteln Geld für Passage und Startkapital besorgt. Als die Auswanderung nicht mehr möglich war, öffneten sich Klöster und andere kirchliche Häuser, nahmen Verfolgte auf und versteckten sie unter hohem Risiko. Auch mußte ein ganzes Netz von Hilfeleistungen organisiert werden, um die Flüchtlinge unter den schwierigen Bedingungen von Krieg und Besatzung am Leben zu erhalten.

Als Beispiele für diplomatische Aktionen des Papstes werden meist die Bemühungen genannt, in Ungarn und der Slowakei für Nichtarier, vor allem katholische, Ausnahmen von den Rassegesetzen zu bewirken. Auch wenn man dies als einseitige Maßnahme zugunsten von Katholiken werten mag, zeigen diese Interventionen doch, daß die Kirche die Rassenideologie nicht akzeptiert hat. Allerdings drehte sich in Ungarn die Spirale der Gewalt weiter und kam in der Slowakei unter dem Priester-Staatspräsidenten Jozef Tiso ebensowenig zum Stillstand. Über diesen klagte der damalige Sekretär für die Außerordentlichen Angelegenheiten der Kirche, Domenico Tardini: „Das Unglück ist, daß der Präsident der Slowakei ein Priester ist. Daß der Heilige Stuhl Hitler nicht Halt ge-

bieten kann, verstehen alle; doch wer kann begreifen, daß er einen Priester nicht im Zaum halten kann?"¹⁵

Auf einer weiteren Handlungsebene versuchte der Vatikan, gegen bereits angelaufene Deportationen entweder selbst oder im Verband mit anderen Staatsregierungen zu protestieren. So regte er die scharfe Note an, in der Präsident Franklin D. Roosevelt die ungarische Regierung aufforderte, die Deportationen von Juden unverzüglich einzustellen. Als alle diese Bemühungen scheiterten, blieb den kirchlichen Stellen nur noch die Möglichkeit, für Juden Verstecke zu organisieren.

Testfall Rom

Wie in anderen Krisengebieten verschoben sich auch in Rom die kirchlichen Bemühungen um die bedrängten Juden vom diplomatischen Protest zu einzelnen Interventionen und schließlich zur praktischen Notfallhilfe. Die Vorgänge in dieser Stadt werden meist als Prototyp und Testfall der päpstlichen Aktionen und Reaktionen gewertet, da hier keine Verzögerungen oder Verzerrungen vatikanischen Intentionen durch Übermittlungsschwierigkeiten oder Einschätzungsprobleme seitens der Nuntiaturen in Anschlag gebracht werden können.

Nachdem im September 1943 die deutschen Besatzer der jüdischen Gemeinde in Rom 50 Kilogramm Gold abgepreßt hatten – ob Pius XII. tatsächlich mithalf, diesen Betrag zu beschaffen, ist umstritten –, wurden am 16. Oktober Juden zusammengetrieben und eingesperrt. Der Papst suchte vor allem auf diplomatischem Weg, alle Möglichkeiten einer Hilfe auszuschöpfen. So bestellte sein Kardinalstaatssekretär Luigi Maglione den deutschen Vatikan-Botschafter Ernst von Weizsäcker ein und erhob Einspruch gegen das Zusammentreiben der Juden. Öffentlicher Protest wurde dann in einem Brief des Rektors der deutschen Nationalkirche in Rom, Alois Hudal, erhoben, der mit einer Verschlechterung der deutsch-vatikanischen Beziehungen drohte. Zu diesem Zeitpunkt lag der deutschen Seite noch sehr am hohen Propagandawert guter Kontakte, und am liebsten hätte man eine Wohlverhaltenserklärung des Vatikans gegenüber den deutschen Besatzern bekommen. Indes verstärkte der Salvatorianerpater Pankratius Pfeiffer seine Bemühungen, Flüchtlinge im „Untergrund“ von Klöstern unterzubringen bzw. die Freilassung von möglichst vielen Gefangenen zu erwirken. Am 17. Oktober wurden die Aktionen gegen die Juden abgebrochen. Dennoch veröffentlichte der „Osservatore Romano“ am 25. Oktober einen Aufruf des Papstes an die Katholiken, die Juden von Rom in ihre Wohnungen aufzunehmen.

Unterhalb der hohen diplomatischen Ebene sah die Lage also anders aus. Der SS-Obersturmbannführer Erich Priebke drohte Pfeiffer in einem Gespräch, er

werde Klöster durchsuchen lassen. Um die Nazis zu besänftigen, schien es darum Botschafter Ernst von Weizsäcker sinnvoll, am 28. Oktober gegenüber dem Auswärtigen Amt das Verhalten des Vatikans als abgeschlossen, harmlos und irrelevant darzustellen. Nach dem Aufruf des Papstes im „Osservatore Romano“ konnten etwa 7000 von geschätzten 8000 Juden, die aus Rom stammten oder als Flüchtlinge dorthin gekommen waren, versteckt werden – davon mehr als 4000 in römischen Klöstern, im Vatikan und sogar als angebliche Mitglieder der päpstlichen Palastgarde.

Es trifft also zu, daß es keine veröffentlichte, offizielle, eindeutige Intervention des Papstes zugunsten der verfolgten Juden gab. Andererseits darf man aber nicht die vielen Äußerungen übersehen, die eine diskrete, diplomatische und meist abstrakte Stellungnahme für sie beinhalten. Wie auch angesichts des Kriegsgeschehens sah Pius XII. in seiner Neutralität die besten Chancen, humanitäre Hilfe leisten zu können. Daß es sich bei dieser Argumentation nicht um ausschließlich katholische Apologetik handelt, belegen zahlreiche Würdigungen seines Wirkens von jüdischer Seite, darunter das Kondolenzschreiben der damaligen israelischen Außenministerin und späteren Premierministerin Golda Meir zum Tod des Papstes 1958: „Wir teilen den Schmerz der Menschheit am Tod Seiner Heiligkeit Papst Pius XII. Als das schreckliche Martyrium über unser Volk kam, hat der Papst seine Stimme für die Opfer erhoben.“

Dank der Arbeit des St. Raphaelsvereins und anderer Institutionen konnten Juden auf verschlungenen Wegen Deutschland und andere Länder im Herrschaftsbereich des Nationalsozialismus verlassen. Wie aber soll und kann ein Zusammenhang festgestellt werden zwischen dem Verhalten von katholischen Christen und dem päpstlichen Handeln, sei es den Äußerungen in den Weihnachtsansprachen, sei es der Rücksichtnahme auf die im Krieg gebotene Neutralitätspflicht? Es wäre allzu einfach zu sagen, die „unbesungenen Helden“, die Juden unter hohem persönlichem Risiko versteckten, seien dazu vor allem vom Papst inspiriert worden.

Die Aussage von Pinchas Lapide, daß „unter dem Pontifikat von Pius XII. die Rettung von mindestens 700 000, wahrscheinlich aber sogar von 860 000 Juden ... durch die katholische Kirche“¹⁶ ermöglicht wurde, ist umstritten. Denn hier wäre genauer zu differenzieren: Welche Personen waren an den Rettungsaktionen beteiligt, und von welcher Kirchenbindung geht man bei ihnen aus? Bei alldem müßte man sowohl dem nüchternen Interesse an der historischen Wahrheit als auch der Würde der Retter und der Geretteten gerecht werden.

Nach 1945 zeichnete sich bald das nächste Konfliktfeld zwischen Papst Pius XII. und Vertretern des Judentums ab. Wie sollte sich der Heilige Stuhl zu dem zunächst geforderten und dann gegründeten Staat Israel verhalten? Die Erwartungen und Befürchtungen, die bereits in der Situation der Shoah auf Pius XII. projiziert wurden, spitzten sich nun je nach Bewertung seines Verhaltens im

Dritten Reich noch einmal zu. Dabei spielten auch die Möglichkeiten des Heiligen Stuhls als Völkerrechtssubjekt mit Sitz und Stimme in der UNO eine beträchtliche Rolle.

Pius XII. und der Staat Israel

Wieder war die Lage sehr komplex. In der Zeit der Shoah äußerte Pius XII. keine Vorbehalte gegen eine verstärkte Immigration von Juden nach Palästina, hielt diese Lösung jedoch aufgrund der geringen Ressourcen des Landes nicht für zukunftsfruchtig. Der Vatikan unterschied strikt zwischen den Interessen der Juden an einem sicheren Zufluchtsort und der Sorge um die Rechte der Christen. Doch in diesen Jahren war die Frage einer jüdischen Staatsgründung als Abwehrmaßnahme gegen Verfolgungen noch nicht spruch- und öffentlichkeitsreif. Trotz gewisser Ängste vor einem Status der Christen als einer „unbedeutenden Minderheit inmitten eines kompakten Blocks von (feindlich gesonnenen) Nichtchristen“¹⁷ schienen die Konsequenzen einer muslimischen Herrschaft eher überschaubar, während die einer jüdischen Staatsgewalt sich jeder Einschätzung entzogen. Im Vatikan herrschten aber auch starke Vorbehalte gegenüber den arabischen Nationalbewegungen, die sich von den europäischen, christlichen Kolonialmächten abgrenzten. Sie nährten sich weniger aus Ängsten vor dem Islam als vielmehr aus dem Unbehagen gegenüber unberechenbaren unabhängigen Staatsgebilden in der sogenannten Dritten Welt. Auch befürchteten vatikanische Kreise eine Wendung der arabischen Staaten hin zur Sowjetunion. Die neue internationale Lage hatte schließlich auch die USA als Vertreter zionistischer Interessen aktiv ins Zusammenspiel der Staaten gebracht. Die Vertreter des Zionismus und des Heiligen Stuhls kamen sich aber früh ins Gehege und zwar nicht wegen unterschiedlicher Auffassungen zur Zukunft Palästinas, sondern aus einem anderen Grund: In der Sorge um die „displaced persons“, zu denen auch viele Christen, etwa aus der Ukraine zählten, fürchteten katholische Kreise, die zionistische Seite könnte die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit ausschließlich für die jüdischen Vertriebenen monopolisieren. In seiner Ansprache bei der Audienz für die Mitglieder des Hohen Arabischen Rats für Palästina – also der Gegenseite der zionistischen Interessen – im August 1946 beschrieb der Papst das Dilemma, das sich abzeichnete:

„Zweifelloos kann sich der Friede nur in Wahrheit und Gerechtigkeit realisieren. Das setzt den Respekt vor den Rechten der anderen, vor besonderen Positionen und Traditionen insbesondere auf religiösem Gebiet voraus ... Wir lehnen jeden Rückgriff auf Gewalt ab, gleich von welcher Seite er kommt.“ Anzustreben wäre eine Friedensordnung, „die jeder am Konflikt beteiligten Partei die Sicherheit der Existenz und zugleich physische und moralische Lebensumstände ermöglicht, unter denen materieller und kultureller Wohlstand erreicht werden kann.“¹⁸

Die politische Konzeption, die Eugenio Pacelli hier skizzierte, sah also ein gegenseitiges Respektieren als Grundlage der Koexistenz von Juden und palästinensischen Arabern vor. Eine Stellungnahme gegen oder für einen jüdischen Staat erfolgte nicht; ebenso wurden die Eigeninteressen an den heiligen Stätten zurückgestellt. Wohl aber verwies der Papst auf die religiösen Traditionen, die sich noch als Stolperstein auf dem weiteren Weg erweisen sollten.

Vatikanische Nahostpolitik nach der UN-Resolution 181

Am 29. November 1947 verabschiedete die UN-Vollversammlung die Resolution 181, die nach Ablauf des britischen Mandats die Teilung Palästinas vorsah. Jerusalem sollte als „corpus separatum“ unter ein spezielles internationales Regime gestellt und von den Vereinten Nationen verwaltet werden. Damit erhielten auch die heiligen Stätten völkerrechtliches Gewicht. Daß kirchliche Ängste vor einer nichtchristlichen Kontrolle dieser Orte nicht grundlos waren, belegen zionistische Äußerungen wie die folgende, wobei allerdings nicht klar ist, wie breit ihre Basis anzusetzen war:

„Das Christentum ist keine einheimische Kraft in Palästina, obwohl es auf dem Leben und der Lehre Jesu beruht; als organisierte Religion ist es die Schöpfung Roms und wurde im Osten immer als Einführung einer ausländischen Zivilisation dargestellt.“¹⁹

Fast unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung Israels am 15. Mai 1948 begann der israelisch-arabische Krieg. Trotz der Verpflichtung der Konfliktparteien, die heiligen Stätten zu schützen, wurden bei den Kampfhandlungen mehrere christliche Einrichtungen getroffen, und zwar nicht nur durch sogenannte Kollateralschäden. Ein christlicher Bericht machte hauptsächlich Juden dafür verantwortlich, weil sie die angegriffenen Einrichtungen als militärische Stützpunkte mißbraucht hätten. Dieser Schadensbericht wurde auch in die USA weitergeleitet, und die UNO sollte die Vorgänge untersuchen. Dies quitierten zionistische Kreise mit dem Vorwurf des „atavistischen Antisemitismus“ und mit der Frage, warum denn katholische Gruppen wie die „Catholic Near East Welfare Association“ (CNEWA) nicht gegen die Angriffe der Araber auf Jerusalem protestiert hätten²⁰. Die Gewaltbereitschaft reichte bis nach Europa. Pius XII. mußte Initiativen des Franziskanerordens und der Ritter vom Heiligen Grab untersagen, eine internationale Miliz zum Schutz der heiligen Stätten aufzustellen und nach Palästina zu entsenden.

Die Auseinandersetzungen zwischen dem Heiligen Stuhl und dem jungen Staat Israel blieben nicht in einer Art Kreuzfahrerromantik auf die heiligen Stätten beschränkt. Christlich-arabische Palästinenser mußten damals ihre Heimat verlassen, und der Papst nahm am 24. Oktober 1948 in seiner Enzyklika „In multi-

plicibus curis“ überraschend politisch und ausführlich zur Palästinafrage Stellung. Bei den Palästinensern, die aus Israel emigriert waren, handelte es sich um Flüchtlinge, die weder freiwillig noch aufgrund arabischer Propaganda ihren Besitz zurückgelassen hatten. Für sie forderte Pius XII. „Sicherheit im privaten und öffentlichen Leben“ sowie „Lebensbedingungen, die spirituellen Reichtum und gesellschaftlichen Wohlstand ermöglichen“²¹. Die früheren Schadensberichte klingen deutlich nach in der erneuten Forderung der Papstes, Jerusalem zu internationalisieren, das heißt „Jerusalem und seiner Umgebung ... eine stabile und solide internationale Regierung zu geben, die unter den aktuellen Umständen den Schutz der heiligen Stätten besser gewährleisten könne“²². Der Papst kritisierte auch bei mehreren Gelegenheiten das Schweigen der internationalen Öffentlichkeit zu den Kampfhandlungen in Palästina²³.

Nach einer Sondierungsreise Thomas McMahons, des Nationalsekretärs der CNEWA, rückte die Thematik der Flüchtlingsrückkehr und der Situation der Christen vor Ort in den Mittelpunkt und erweiterte das Spektrum der bisherigen Bestrebungen um Garantien für die heiligen Stätten und die Internationalisierung Jerusalems. Ab 1949 betrieb Israel seine Aufnahme in die UNO. Daraus erhofften sich die Diplomaten des Heiligen Stuhls ein Druckmittel gegen Israel zugunsten einer Rückkehr der Flüchtlinge. In dieser angespannten Situation veröffentlichte Pius XII. am 15. April 1949 die Enzyklika „Redemptoris nostri“²⁴, in der er die Anliegen seiner Nahostpolitik zusammenhängend darlegte.

Neben der Sicherung der heiligen Stätten bestand er – trotz einer zwischenzeitlichen Interessenverschiebung innerhalb der UNO – auf der Internationalisierung Jerusalems:

„Jerusalem und seiner Umgebung soll ein juristisches Statut gegeben werden, dessen Stabilität unter den aktuellen Bedingungen nur durch ein Übereinkommen von Staaten gesichert werden kann, die den Frieden lieben und die Rechte anderer achten.“²⁵

Wie schon im vorangegangenen Lehrschreiben *In multiplicibus curis* forderte der Papst auch hier die Anerkennung des Flüchtlings-Status der Palästinenser, die „in Flüchtlingslagern leben, wo sie Hunger, Epidemien und Gefahren aller Art ausgesetzt sind“, und rief dazu auf, „Gerechtigkeit zu schaffen für alle, die durch die Kriegswirren aus ihrer Heimat vertrieben wurden.“²⁶

Wie in früheren Jahren und anderen Auseinandersetzungen blieb Pius XII. auch hier diplomatisch und unterließ jede Ursachenerklärung und Schuldzuweisung. Auch waren seine Forderungen nicht neu. Um so mehr überraschte in der Enzyklika *Redemptoris nostri* die demonstrativ öffentliche „Einladung an die Gläubigen überall auf der Welt, sich mit jedem legalen Mittel einzusetzen, damit die Regierenden und alle, denen die Entscheidung dieses wichtigen Problems zukommt, sich überzeugen lassen“²⁷. Dieser Aufruf unterschied sich deutlich von anderen politisch akzentuierten Stellungnahmen des Papstes, die meist in

Fürbittgebete gekleidet und in ihrer Breitenwirkung begrenzt waren. Tatsächlich trug der päpstliche Appell Früchte. In der Folgezeit setzten sich verschiedene Regierungen für die Internationalisierung Jerusalems ein. Die politische Führung Israels allerdings war darüber entrüstet, daß der Papst die Katholiken zu politischen Aktivitäten aufrief und wertete den Appell als politische Einmischung. In dieser Runde der Auseinandersetzungen trug der Staat Israel den Sieg davon: Am 11. Mai 1949 wurde Israel ohne konkrete Auflagen zur UNO zugelassen. Pacelli und die kirchlichen Amtsträger vor Ort sahen – obwohl das Interesse an dieser Lösung in der UNO zurückging – nach wie vor in der Internationalisierung Jerusalems mit einer auswärtigen Schutzmacht eine Erleichterung der potentiellen Rückkehr der Flüchtlinge.

Nach 1949 schwand der Einfluß des Vatikans in diesem Bereich. Auch hat sich die politische Situation infolge des Kalten Krieges grundlegend verändert. Eine Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems war nicht abzusehen, und die Päpstliche Mission für Palästina stellte sich auf eine langwierige Flüchtlingsunterstützung ein. Die Frage der diplomatischen Kontakte und der Anerkennung des Staates Israel durch den Heiligen Stuhl blieb ungelöst, obwohl ab 1955 verschiedene Möglichkeiten, diplomatische Beziehungen zu unterhalten, erwogen und geprüft wurden. Diese Bemühungen geschahen auch im Rahmen der verstärkten Präsenz der Sowjetunion im Nahen Osten.

Hätte alles anders sein können?

Nach heutigem historischen Kenntnisstand besteht kein Zweifel, daß sich Pius XII. während der NS-Herrschaft auf die Seite der verfolgten Juden gestellt und sie unterstützt hat: durch diplomatische Demarchen, Memoranden und Proteste bis hin zu Forderungen, mit denen er Regierungsstellen unter Druck setzte, daß sie Deportationen beenden sollten – aber auch dadurch, daß er dazu aufrief, Juden zu verstecken, und Emigrantenhilfsstellen finanzielle Mittel zukommen ließ.

Manche Kritiker meinten, hätte der Papst Hitler exkommuniziert und Nazi-Deutschland unter das Interdikt gestellt, wäre es zu einem Aufstand gegen den Führer gekommen. Doch solche Vorstellungen speisen sich wohl eher aus der Verklärung mittelalterlicher Canossa-Szenen als aus einer realistischen Einschätzung der Machtverhältnisse im 20. Jahrhundert, übersehen sie doch, daß schon statistisch gesehen die Katholiken im damaligen Deutschen Reich in der Minderheit waren. Sie lassen auch außer acht, ob der Papst als moralische Instanz überhaupt gehört worden wäre. Die Wirkung päpstlicher Äußerungen in der Öffentlichkeit, ihre Chancen, Menschen in politisch einflußreicher Stellung oder auch einfache Katholiken zu erreichen und zu einer Meinungsänderung oder gar einer Initiative zu motivieren, darf nicht aus der Sicht heutiger Öffentlichkeitsstrate-

gien und PR-Möglichkeiten in einem demokratischen Staat beurteilt werden. Es ist auch völlig unangemessen, für das 20. Jahrhundert den Mythos des omnipräsenten Papstes zu konstruieren, der seine Kirchenmitglieder voll im Griff hatte, seine Möglichkeiten aber nicht nutzte. Im übrigen verleiten Fragen der Art „Was wäre gewesen, wenn?“ nur zu Vermutungen, die sich durch die Geschichtsforschung weder bestätigen noch entkräften lassen und darum letztlich gegenüber geschichtlichen Persönlichkeiten unfair sind. Proteste und Interventionen der Kirche haben im einen Fall die Verfolgung beendet und die Lage verbessert, im anderen aber die Situation nur verschlimmert.

Hat man die Bürde des Versagens, dessen sich die Weltöffentlichkeit angesichts der Shoah schuldig gemacht hat, bisher in hohem Maß leichtfertig auf Eugenio Pacelli geladen, so müßte man sie heute gerechterweise auf viele Schultern verteilen. Da sind die alliierten Mächte zu nennen, die Hitlers Expansionsgier nicht früher Einhalt geboten und im Krieg die Bahnlinien in die Vernichtungslager nicht angegriffen haben; ferner die Nationen, die ihre Grenzen für die deutschen Emigranten abriegelten, aber auch die Christen unterschiedlicher Konfession – auch die deutschen katholischen Eliten –, für die Juden gesellschaftlich einfach nicht dazugehörten und häufig angefeindet wurden²⁸. Kirchengeschichte ist immer auch Schuldgeschichte von Christen und ihrer Kirche.

Pius XII. konnte ebenso in der Frage der vatikanisch-israelischen Beziehungen seinen Drahtseilakt unmöglich mit einem Erfolg krönen. Als Oberhaupt der katholischen Kirche mußte er die katholischen Interessen wahren und für die Kirche vor Ort Verantwortung übernehmen. Darüber hinaus mußte der Heilige Stuhl als Völkerrechtssubjekt wie auch aufgrund seines moralischen Anspruchs – gerade nach der Shoah – für die Flüchtlinge die Stimme erheben und einstehen – gleich, ob es christliche oder muslimische Palästinenser waren, und genau dies hat die Normalisierung der Beziehungen zum Staat Israel während der Amtszeit Eugenio Pacellis verhindert. Wie ein roter Faden zieht sich durch das Pontifikat dieses „obersten Brückenbauers“ das historische Dilemma, gleichzeitig als Kirchenoberhaupt, als machtloses Völkerrechtssubjekt und als international-überkonfessionelle moralische Instanz wirken zu müssen.

ANMERKUNGEN

¹ Actes et documents du Saint-Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale, 12 Bde., hg. v. P. Blet, A. Martini, R. A. Graham u. B. Schneider (Città del Vaticano 1965-1981).

² Den vollständigen Text des Entwurfs dokumentieren: G. Passelecq u. B. Suchecky, *Die unterschlagene Enzyklika. Der Vatikan u. die Judenverfolgung* (München 1997); vgl. auch M. Maier, 'Eine versteckte Enzyklika Pius' XI.? in dieser Zs. 214 (1996) 279-281.

³ *Humani Generis Unitas*, 142 (A. 2) 266.

⁴ AAS 31 (1939) deutsche Version: 565-594.

⁵ Ebd. 579.

⁶ *Humani Generis Unitas*, 42 (A. 2) 213.

⁷ Ebd. 253.

⁸ A. 4, 572.

⁹ *Actes et documents* (A. 1) Bd. 1, 1965, Nr. 235, 353-361, 358.

¹⁰ AAS 33 (1941) 5-14, 10.

¹¹ *Actes et documents* (A. 1) Bd. 7, 1973, Nr. 71, 161-167, 166.

¹² Pius XII., Über den mystischen Leib Jesu Christi u. über unsere Verbindung mit ihm (Freiburg 1948) 99.

¹³ Briefe Pius' XII. an die deutschen Bischöfe 1939-1944, hg. v. B. Schneider (Mainz 1966) 241 f.

¹⁴ So der deutsche Botschafter beim Vatikan, Ernst von Weizsäcker am 26. 11. 1943, in: *Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950*, hg. v. L. E. Hill (Stuttgart 1974) 360.

¹⁵ Domenico Tardini, 13. 7. 1942, in: *Actes et documents* (A. 1) Bd. 8, Nr. 426, 597 f.

¹⁶ P. Lapidé, Rom u. die Juden (Freiburg 1967) 188.

¹⁷ Amleto Cicognani an Myron C. Taylor, 11. 3. 1944, zit. in: E. Di Nolfo, *Vaticano e Stati Uniti 1939-1952. Dalle carte di Myron C. Taylor* (Mailand 1978) 299.

¹⁸ AAS 38 (1946) 322 f.

¹⁹ *Palestine: A Study of Jewish, Arab, and British Policies*, hg. v. ESCO Foundation for Palestine (New Haven 1947) Bd. 1, 533.

²⁰ Thomas McMahon, Memorandum für Kardinal Spellman, 24. 8. 1948, Archiv Päpstliche Mission für Palästina, zit. nach U. Koltermann, *Päpste u. Palästina. Die Nahostpolitik des Vatikans von 1947 bis 1997* (Münster 2001) 44.

²¹ AAS 40 (1948) 435.

²² Ebd.

²³ Beispielsweise in der Ansprache an das Kardinalskollegium am 2. 6. 1948 (AAS 40, 1948, 252 f. und in der Enzyklika *In multiplicibus curis* vom 24. 10. 1948 (AAS, 40, 1948, 435).

²⁴ AAS 41 (1949) 161-164.

²⁵ Ebd. 163.

²⁶ Ebd. 162.

²⁷ Ebd. 163 f.

²⁸ Einen überraschenden Einblick in die antijüdische Polemik auch kirchlicher Kreise bietet D. I. Kertzer, *Die Päpste gegen die Juden. Der Vatikan u. die Entstehung des modernen Antisemitismus* (Berlin 2001).